

Tages-Anzeiger



Freitag
22. April 2022
130. Jahrgang Nr. 93
Fr. 4.20
AZ 8021 Zürich

Toller rollen
Zürich setzt neun neue
Velovorzugsrouten fest –
und opfert 6000 Parkplätze.
19

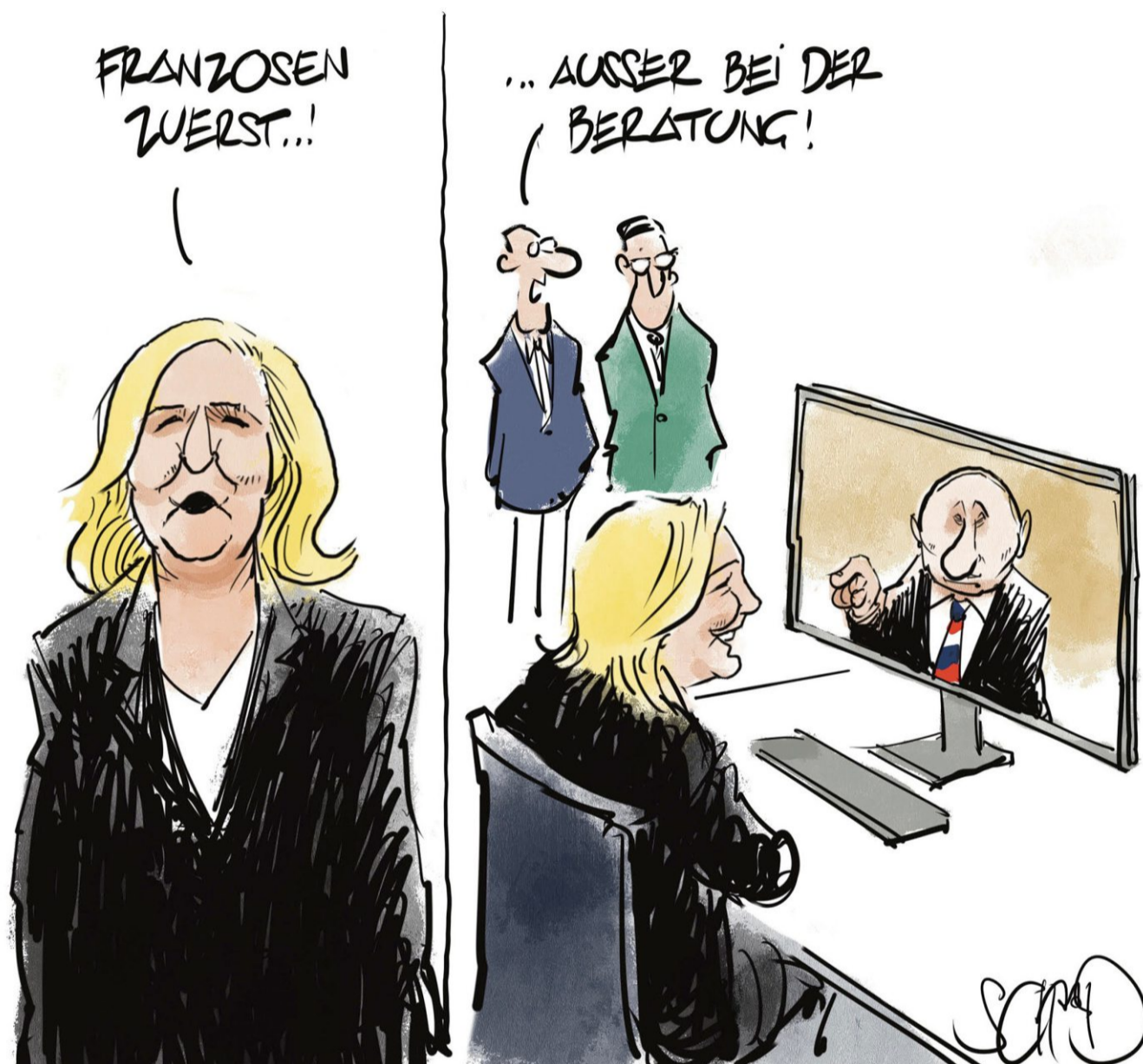
Himmelwärts
In Winterthur entsteht
bald ein Holzwohnhaus
der Superlative.
20



Jolanda Neff
Die Olympiasiegerin
von Tokio hat den Sinn
des Lebens gefunden.
29

Der Wahlkampf in Frankreich erreicht die heisse Phase

MARINE LE PEN IN ELYSÉE



Paris Bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich nehmen Staatschef Emmanuel Macron und seine rechte Konkurrentin Marine Le Pen nach dem grossen TV-Duell Kurs auf die entscheidende Endrunde am Sonntag. Gemäss Umfragen hat der Amtsinhaber einen leichten Vorsprung. **Seite 2, 7**

«Nicht erfüllt»: Parlament übt harsche Kritik am Bundesrat

Krieg in der Ukraine Die Oberaufsicht kritisiert das Krisenmanagement der Regierung – vor allem jenes der FDP- und Mitte-Vertreter.

Markus Häfliger

Die Kritik am Krisenmanagement des Bundesrats in der Ukraine-Krise bekommt eine neue Dimension. Die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDeL), das mächtigste Gremium des Parlaments, wirft dem Bundesrat grobe Unterlassungssünden im Vorfeld des Kriegs in der Ukraine vor. Sie bringt dabei Aspekte des Krisenmanagements aufs Tapet, die in der Öffentlichkeit bisher unbeachtet geblieben sind.

Die GPDeL muss die Landesregierung überall dort kontrollieren, wo es um die Sicherheit der Schweiz geht. Ins Visier nimmt sie jetzt vor allem Verteidigungsministerin Viola Amherd (Mitte), Aussenminister Ignazio Cassis und Justizministerin Karin Keller-Sutter (beide FDP). Diese drei bilden den Sicherheitsausschuss des Bundesrats. Zusammen mit der Lenkungsgruppe Sicherheit, der hochrangige Beamte angehören, tragen sie die Hauptverant-

wortung für die Sicherheit des Landes.

Doch im Krieg in der Ukraine haben beide Gremien nach Ansicht der GPDeL weitgehend versagt. Die Lenkungsgruppe Sicherheit habe ihre Ziele schlicht «nicht erfüllt», schreibt die GPDeL in ihrem vertraulichen Brief, der dem «Tages-Anzeiger» vorliegt. Die drei Bundesräte hätten es verpasst, frühzeitig die Gesamtregierung einzubeziehen, obwohl sich die Krise in der Ukraine schon seit Wochen zugespitzt habe. Deshalb sei der Gesamtbundesrat «derart unvorbereitet für diese Krise» gewesen.

Die GPDeL schreibt, dass sie den Bundesrat schon seit Jahren immer wieder darauf hinweise, dass seine sicherheitspolitischen Führungsinstrumente ungenügend seien. Doch er habe diese Mängel nicht behoben. Nun bietet die GPDeL Amherd, Cassis und Keller-Sutter am 5. Mai zu einer Aussprache hinter verschlossenen Türen auf. **Seite 5**

Putin verkündet Eroberung von Mariupol – Biden äussert Zweifel

Ukraine Trotz des Ausharrens zahlreicher ukrainischer Kämpfer in Mariupol hat Russlands Präsident Wladimir Putin die Hafenstadt für erobert erklärt. Die «Befreiung» der Stadt sei ein «Erfolg» für die russischen Streitkräfte, sagte Putin gestern. US-Präsident Joe Biden äusserte hingegen Zweifel: «Es gibt noch keine Beweise dafür, dass Mariupol vollständig gefallen ist.» Mariupol wurde in den ersten Tagen des russischen Angriffs auf die Ukraine umzingelt und seitdem belagert. Evakuierungsaktionen für die Zivilbevölkerung schlugen wiederholt fehl. Die Stadt ist mittlerweile weitgehend zerstört. Die ukrainische Seite spricht von Zehntausenden Toten.

Die verbleibenden ukrainischen Soldaten haben sich im weitläufigen Industriekomplex des Konzerns Asow-Stahl verschanzt. Putin ordnete nun an, das Werk weiter zu belagern – so engmaschig, dass «keine Fliege mehr herauskann». Eine Erstürmung sei hingegen nicht sinnvoll.

Anfang März hatte Russland eine Geburtsklinik in Mariupol beschossen. Die Ukraine und die EU sprachen damals von einem «Kriegsverbrechen». Der deutsche Militärhistoriker Bernd Greiner ordnet die Vergehen der russischen Armee im «Tages-Anzeiger»-Interview ein. Er sieht sie als Teil der Kriegsstrategie: «Es geht darum, die Moral der Bevölkerung zu brechen», erklärt der Experte. (afp/red) **Seite 6, 9, 38**

Interview

«Um Frieden zu schliessen, braucht es zwei. Für einen Krieg reicht leider einer.»

Josep Borrell
Der EU-Chefdiplomat zum Konflikt in der Ukraine. **Seite 14**

Neue Vorwürfe gegen Schweizer Terrorverdächtigen

Festnahme Die Behörden halten ihn für den ersten Rechtsterroristen der Schweiz. Dennoch konnte Miran S. (Name geändert) lange untertauchen. Nun wurde er in Kroatien verhaftet. Die Lokalbehörden ermitteln jetzt zum laufenden Verfahren aus der Schweiz, unter anderem wegen Verdachts auf öffentlichen Aufruf zu Terrorismus.

Hinzu kommen mutmassliche Delikte, die S. auf der Flucht begangen haben soll: Waffen-, Sprengstoff- und Drogendelikte sowie Diebstahl. Der Ostschweizer gab in der Vergangenheit öffentlich gewisse Delikte zu, bestritt aber, dass er einen Anschlag verüben wollte. (rog) **Seite 5**

Acht Monatslöhne Entschädigung für ETH-Professorin

Bundesverwaltungsgericht Die heute 59-jährige Astrophysikerin Marcella Carollo hätte vor ihrer Entlassung im Sommer 2019 durch den ETH-Rat zuerst gemahnt werden müssen. Weil dies unterblieb, ist ihre Entlassung «unverhältnismässig». Carollo erhält eine Entschädigung von etwa 185'000 Franken. Das Gericht lehnte die geforderte Wiederanstellung aber ab. Es sah die Vorwürfe – insbesondere jene des inakzeptablen Führungsstils und des pflichtwidrigen Verhaltens – als erwiesen an. Für die Situation sei die ETH mitverantwortlich, hielt das Gericht fest. (thas.) **Kommentar Seite 2**
Bericht Seite 17

Viele Nachtzüge im Sommer sind schon ausgebucht

Fernverkehr Wer jetzt für die Sommerferien Plätze im Schlaf- oder Liegewagen buchen will, riskiert, leer auszugehen. Grund dafür ist eine grosse Nachfrage auf beliebten Strecken ab Zürich, etwa nach Hamburg und Berlin. Auch auf anderen Strecken im europäischen Netz sind je nach gewähltem Tag keine Tickets mehr erhältlich. «Im Nachtzugverkehr sind wir zurzeit beinahe auf dem Niveau von 2019, was im internationalen Personenverkehr ein Rekordjahr war», heisst es bei den SBB. Für den Zug sprechen die markant steigenden Treibstoffpreise, was das Fliegen und die Fahrt im eigenen Auto empfindlich verteuert. (rf) **Seite 11**



Tages-Anzeiger Werdstrasse 21, 8021 Zürich
Abo-Service 044 404 64 64, contact.tagesanzeiger.ch
Inserate inserate@tagesanzeiger.ch oder online unter adbox.ch



Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tagesanzeiger.ch
Leserbriefe tagesanzeiger.ch/leserbriefe
Lesen Sie uns auch in der App oder auf der Website tagesanzeiger.ch

Leserbriefe	15	Veranstaltungen	34
TV/Radio	24	Rätsel	36
Todesanzeigen	26	Wetter	37